Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 236. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 15 353 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreise: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 20 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den redaktionellen Textteil ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Donnerstag, 2. Juli 1925 | Nummer 67

Tod der Konterrevolution!

Die Sozialdemokratie als Rechtsanwalt des Faschismus

In der 13. Sitzung des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion beantragt der Staatsanwalt Krylenko gegen alle 3 Angeklagten die Todesstrafe mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß der Sowjetregierung nahegelegt wird, keinerlei Austauschverhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen oder anzubahnen. Zu dem Antrag legte der Staatsanwalt eine groß angelegte politische Begründung vor, in der besonders die internationale Bedeutung des Prozesses hervorgehoben wird. Die Rede Krylenkos und sein Strafantrag riefen unter der Moskauer Arbeiterschaft, die am gleichen Tage große Massenkundgebungen veranstaltet hatte, stürmischen Beifall und große Genugtuung hervor.

Die gesamte bürgerliche Presse, soweit sie die Meldung von der beantragten Todesstrafe gegen die 3 deutschen Faschisten bringt, benutzt diesen Antrag auf Todesstrafe zu einer verschärften Hetze gegen Sowjetrußland. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" widmen dem Prozeß in Moskau eine ganze Seite. Sie schreiben in ihrem Bericht, daß der Staatsanwalt Krylenko bei seinen Ausführungen besonders Gewicht auf die Aussagen des ehemaligen Faschisten Baumann und des deutschen Kommunisten Heinz Neumann bezüglich der Tätigkeit des deutschen Faschismus gelegt habe. Nach dem Bericht der „Dresdner Neuesten Nachrichten" soll Krylenko gesagt haben: **„Die Organisation Consul beherrscht die deutsche Regierung, vor allem seit der Wahl Hindenburgs. Der Sowjetstaat müsse den Angriff des Faschismus mit Maschinengewehren abwehren. Gegen die Angeklagten sei Milde nicht am Platze.** Auch die „Dresdner Volkszeitung" beschäftigt sich mit dem Strafantrag im Kindermann-Prozeß. Gleich der bürgerlichen Presse verfällt auch sie in eine wüste Bolschewistenhetze. Die „Volkszeitung" schreibt:

Revanche für Leipzig! Das ist der wahre Sinn des bolschewistischen Prozesses gegen deutsche Studenten in Moskau. Nicht nur die Erlangung von Austauschobjekten für den in verurteilten Tschekisten Stoklewski, sondern die Schaffung eines wirkungsvollen Gegenstückes zu dem für die Sowjetregierung so peinlichen Tschekaprozeß — das ist es, was mit dem Moskauer Prozeß-Theater erreicht werden soll. **Der Moskauer Bluff wäre sicherlich nicht erst versucht worden, wenn die Reichsregierung ihre Pflicht getan und die Deutschen geschützt hätte.** Jetzt beeilt sie sich, allerhand zu ihrer Entschuldigung vorzubringen. Sie ist angeblich immer bestrebt gewesen, die Interessen der Angeklagten zu wahren und ihre persönliche Lage zu erleichtern.

Damit macht sich die „Volkszeitung" zum Rechtsanwalt der Faschisten. Sie putscht die faschistische Lutherregierung zu einem Eingreifen gegen Sowjetrußland auf. Sie tritt damit in die Fußtapfen des Stampferorgans „Vorwärts", der, wie wir gestern feststellten, **in der niederträchtigsten Weise einen verschärften Kurs gegen Sowjetrußland durch das auswärtige Amt gegen Sowjetrußland forderte.** Die „Volkszeitung" schreibt weiter:

„Auf der Reichsregierung bleibt der Vorwurf sitzen, daß sie mit ihrer sonderbaren Zurückhaltung den Moskauer Theaterregisseuren das Spiel erleichtert hat. Die aus Deutschland bereits eingetroffenen Zeugen Pelz und Fiat hätten erklärt, **Kindermann und Wolscht seien nicht Mitglieder der OG. gewesen,** sondern hätten sich als Kommunisten betätigt. Ueber den ungeheuerlichen Prozeß sei keine Klarheit zu gewinnen, **da man es mit der verschlagensten Sowjet-Diplomatie zu tun habe."**

Damit beweist die „Volkszeitung" wieder, daß sie mit den Konterrevolutionären sich in einer Front gegen Sowjetrußland befindet. Die deutsche Arbeiterklasse ist sich mit ihren Brüdern in Rußland über das faschistische Banditentum, über welches Rußland Gelegenheit hatte, zu urteilen, nicht nur eins, sondern sie begrüßt auf das lebhafteste die Tatsache, daß es in der Welt doch noch Richter gibt, die im Gegensatz zu den deutschen Richtern **die Todfeinde des Proletariats vor ihren Schranken so aburteilen, wie es diese gemeinen Verbrecher verdienen.**

Der Kampf im Baugewerbe

Am 30. Juni ist das Lohnabkommen für Sachsen im Baugewerbe abgelaufen. Die Unternehmer versuchten, das gegenwärtig abgelaufene Lohnabkommen zu verlängern und auf ein weiteres halbes Jahr der Bauarbeiterschaft aufzuzwingen. Demgegenüber haben die Bauarbeiter Forderungen gestellt, die in der Spitze einen Lohn von 1,30 Mk. pro Stunde betragen. Außer dieser Lohnforderung haben die Bauarbeiter ihre alte Forderung auf Gewährung von Ferien gestellt. Diese Forderungen sind von den Unternehmern brutal abgelehnt worden. Die Tarifgemeinschaft der baugewerkschaftlichen Arbeitgeberverbände teilt der bürgerlichen Presse mit, „daß der Kampf im Baugewerbe ausgebrochen sei, weil die Bauarbeiter durch die Gewerkschaften unmögliche Forderungen erheben. Sie forderten unter anderem die Erhöhung der Löhne um 52 Prozent, obwohl bereits jetzt schon von unparteiischer Seite festgestellt sei, daß die jetzigen Löhne eine Höhe erreicht haben, die vom volkswirtschaftlichen allgemeinen Standpunkt aus verantwortet werden könne. Das Verlangen nach Ferien soll die Facharbeiternot noch verschärfen. Die Gewerkschaften hätten für solche Forderungen nicht die mindeste sachliche Begründung." Die Arbeitgeber des Baugewerbes seien sich darüber im klaren, daß sie im Interesse der Allgemeinheit solchen unbegründeten Forderungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen müssen. Die Notlage der Wohnungslosen würde durch solche Forderungen der Bauarbeiter ausgebeutet.

Es ist also zu erwarten, daß in diesem Kampfe der Bauarbeiter um ihre berechtigten Lohn- und Ferienforderungen die Arbeitgeber den schärfsten Widerstand entgegensetzen und der ausgebrochene Kampf zu einem hartnäckigen Ringen wird. Um zu einer Verständigung der Vertragsparteien zu kommen, waren für den 15. Juni Verhandlungen vereinbart. Die Unternehmer hatten vorher sich zu einer Versammlung eingefunden, in der sie beschlossen, mit den Arbeitern über Ferien nicht zu verhandeln. Da die Unternehmer es ablehnten, über Ferien zu verhandeln, lehnten es die Arbeitnehmer ab, über die Lohnfrage zu reden. Am 23. Juni stand vor dem Leipziger Schlichtungsausschuß die Ferienfrage zur Behandlung. Die Unternehmer hatten dem Dresdner Schlichtungsausschußvorsitzenden in die Ohren geblasen, daß er zur selben Zeit eine Verhandlung in Dresden ansetze und bei einer 300-Mark-Geldstrafe die Arbeitnehmer nach Dresden beordere. Die Arbeitnehmer sind nicht nach Dresden gefahren, haben auch die 300 Mark nicht bezahlt, und so sahen am Dienstag, den 23. Juni, die Arbeitnehmer in Leipzig und die Arbeitgeber in Dresden. Beide Verhandlungen flogen auf. Am 25. wurde wieder vor dem Dresdner Schlichtungsausschuß verhandelt, die Arbeitnehmer lehnten diese ab und verlangten, daß die Parteien erst unter sich verhandelten. Von 23 Verhandlungsgegenständen waren bis Donnerstag mitternacht 6 nebensächliche behandelt. Am Freitag sollte ein vom Landesschlichter eingesetztes Schiedsgericht die übrigen 17 Differenzpunkte erledigen. Dieses Schiedsgericht lehnte es ab, eine Entscheidung zu treffen, da die Unternehmerbeisitzer dies unmöglich machten. Am Sonnabend wurde vor dem Leipziger Schlichtungsausschuß über die Ferien wieder verhandelt, aber auf höhere Anweisung hin ebenfalls kein Spruch gefällt.

Bauarbeiter von Sachsen! Nach fünftägiger Verhandlung keinen Pfennig Lohnzulage, keine Regelung der Ferienfrage. Die Unternehmer ließen durch ihre Sandiet und ihre Scharfmacher die Verhandlungen scheitern. Darum muß dieser Plan durchkreuzt werden!

Die Bauarbeiter müssen sich Löhne und Ferien erkämpfen! Deswegen auf zum Kampf auf der ganzen Linie!

Der von den Baulowen provozierte Kampf im Baugewerbe ist nunmehr ausgebrochen. Im Dresdner Industriebezirk stehen bereits eine größere Anzahl von Betrieben im Kampfe. Im Chemnitzer Bezirk haben der Baugewerksbund und der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter gemeinsam den Kampf aufgenommen. Die Bauarbeiter in Werdau sind seit heute morgen in den Streik getreten. Aus Aue kommt die Meldung, daß mit überwältigender Mehrheit auch die Bauarbeiter im Industriegebiet Aue am Mittwoch früh den Kampf begonnen haben. Es muß erwartet werden, daß sich die übrige Bauarbeiterschaft mit den kämpfenden Bauarbeitern solidarisch erklärt. Nicht nur die Maurer und Bauhilfsarbeiter, sondern auch die Zimmerer müssen aktiv in den Kampf eingreifen. An der geschlossenen Front und dem einheitlichen Willen der Bauarbeiter muß der Machtwille der Bauunternehmer zuschanden werden. Die gesamte übrige Arbeiterschaft muß den Kampf der Bauarbeiter als den ihrigen betrachten und durch aktive Solidarität unterstützen.

Der Bauarbeiterstreik in Chemnitz

Chemnitz, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am Mittwoch früh hat der Bauarbeiterstreik auf fast allen Bauten eingesetzt. 2000 Bauarbeiter stehen im Streik. Der Baugewerksbund und Verband der Ausgeschlossenen Bauarbeiter kämpfen gemeinsam. 600 demonstrierende Kollegen vom Ausgeschlossenen-Verband stellten die Forderung auf Bildung gemeinsamer Streikleitung. Dies hat der reformistische Streikleiter vom Baugewerksbund abgelehnt. **10 Unternehmer haben die Forderungen bereits bewilligt.**

Vom Dawespakt zum Garantiepakt und zum Krieg

Einheitsfront der Arbeiter gegen Einheitsfront der Ausbeuter

Die Segnungen des Dawespaktes wirken sich in einer starken Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise aus. Die Passivität der Außenhandelsbilanz ist katastrophal. Statt der jährlichen drei Goldmilliarden Ueberschuß zur Deckung der Dawesloisten haben schon die ersten acht Dawesmonate ein ebenso großes Außenhandelsdefizit ergeben. Die Außenhandelsziffern des letzten Monats wagte man noch gar nicht zu publizieren.

Die allgemeine Wirtschaftskrise tritt zutage in den sich häufenden **Konkursen, im Stinnes-Krach,** der nur einer von vielen ist, **in den Betriebsstillegungen und Aussperrungen,** im Generalangriff der Unternehmer auf Löhne und Arbeitszeit des Proletariats. Durch eine verbrecherische Steuer- und Zollpolitik sucht die Ausbeuterklasse den Profitanteil, den sie Dawes zahlen muß, doppelt und dreifach wieder hereinzubringen durch eine noch schärfere systematische Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Das sind die „Segnungen" des Dawespaktes, den die Sozialdemokratie dem deutschen Proletariat als die „Rettung" anpriesen hat; so sieht die „Dollarsonne" aus, über die der „Vorwärts" jubilierte. Die unheilvollen wirtschaftlichen Folgen dieses Sklavenpaktes werden sich dem Arbeiter noch handgreiflicher offenbaren, wenn erst der Termin da ist, die Dawes**kredite zurückzuzahlen** und der Leistungszwang in Kraft tritt. Davor graut selbst der Ausbeuterpresse heute schon. Aber man schreitet weiter auf der einmal betretenen Bahn, auch wenn man weiß, daß sie in den Abgrund führt.

„Der Garantiepakt vollendet den Dawespakt", schreibt ein führendes englisches Regierungsorgan, die „Morning Post". Deutschland müsse sich **„vom Osten abwenden** und dem Westen zuwenden", es müsse „seine Beziehungen zu Rußland abbrechen". Das Blatt schließt diese Ausführungen mit einer ganz offenen Kriegshetze gegen die Sowjetunion, gegen „die Banditen von Moskau". Wir haben also ganz unverhüllt die Linie, an der die internationale imperialistische Reaktion zu marschieren gedenkt: **Dawespakt — Garantiepakt — neuer Weltkrieg.**

Wenn die deutsche Arbeiterschaft von den Herrlichkeiten des Dawespaktes etwa noch nicht genug haben sollte, diese deutliche zynische Sprache der Imperialisten sollte dem Proletariat doch zu denken geben. Oder sind die Segnungen des herrlichen „Stahlbades" des letzten Weltkrieges etwa auch schon aus dem Arbeitergedächtnis verdrängt?

Die Verhandlungen über den Garantiepakt zeigen, daß Frankreich das Durchmarschrecht durchs Rheinland behält, daß Deutschland zum Aufmarschgebiet, Material- und Soldatenlieferanten im Krieg gegen Rußland ausersehen ist. **Mit deutscher Arbeit und deutschem Proletenblut** wollen die englisch-amerikanischen Ausbeuter den Krieg gegen den russischen Arbeiterstaat führen. Wie im Weltkrieg sollen wieder die Arbeiter sich gegenseitig morden, damit die Unternehmerklasse blutige Gewinne mache und ihrer brutalen Raff- und Ausbeuterherrschaft auch die russischen Arbeiter sich wieder unterwerfe. Und zu diesem Henkerdienst am russischen Proletariat haben die Imperialisten die deutsche Arbeiterschaft ausersehen. Es ist nicht Zufall und nicht rein durch die momentane Profitgier verursacht, wenn die deutschen Ausbeuter heute schärfer und bestialischer als je die politischen Sklavenseilen enger um die Handgelenke des deutschen Arbeiters schnüren durch Arbeitermord und fürchterliche Todesurteile und es ist nicht Zufall, wenn sie den deutschen Arbeiter durch Aussperrung und Massenentlassung zwingen, den Hungerriemen noch enger zu schnüren, nicht Zufall und nicht nur stupide Profitgier, wenn sie ihn durch verbrecherische Steuern und Zölle mit Weib und Kindern zur Verzweiflung treiben. Nein, mit diesem doppelten wirtschaftlichen und politischen Druck wollen sie die Arbeiterschaft zermürben, damit die Arbeiter ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen den Rücken wenden und aus Verzweiflung für ein paar Silberlinge zu Verrätern an sich selbst und an ihrer eigenen Sache des Proletariats werden. Die imperialistischen Schurken glauben, daß aus Verzweiflung der deutsche Arbeiter die französisch-englischen Truppen- und Munitionstransporte widerstandslos werde durch Deutschland rollen lassen, und daß er selber als Söldner sich in die Front gegen seine Arbeitsbrüder in Rußland anwerben lasse.

Die imperialistische Presse Frankreichs und Englands zeigt heute über die Führer des englischen und französischen Proletariats. Denn in Marokko und China haben die Ausbeuter räuberische Abenteuer angezettelt, die ihnen über den Kopf wachsen. Ungeheure Widerstände gegen das Morden in Marokko erheben sich aus der französischen Arbeiterschaft, die mit den unterdrückten Marokkanern sympathisiert und die Truppen zur Meuterei auffordert. Und in England ist die ganze hohe Diplomatie verdattert und wagt nicht, in China einzugreifen, weil sie riskieren muß, nicht nur die chinesischen, sondern auch den englischen Seeleute und sogar die Truppen würden streiken. Die englischen Gewerkschaften und die Sozialisten haben im Verein mit den Kommunisten flammenden Protest gegen die Unterdrückung Chinas erhoben.

Vor Wut schreit die imperialistische Ausbeuterpresse nach dem Krieg mit Rußland. „Die Bolschewisten sind an allem schuld," meinen diese Herrschaften. Denn ohne „das russische Beispiel" hätten die „chinesischen Kuli" noch weiterhin sich wie räudige Hunde sich behandeln lassen, bis zum Verrecken sich ausbeuten und nach Gutdünken von den englischen Ausbeutern